

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

14.09.2018

Klare Beschlüsse

In der Klausur am Ende letzter Woche hat sich der Fraktionsvorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit wichtigen Themen für unser Land befasst: Auf welche Partner kann sich Deutschland in einer immer unübersichtlicheren Lage verlassen? Wie schaffen wir es, die Rente auch in Zukunft generationengerecht zu finanzieren? Welche Schritte müssen eingeleitet werden, damit wir die Chancen der Künstlichen Intelligenz nutzen können? Auf welche Weise lässt sich die solide Haushaltspolitik fortsetzen und in welche Bereiche müssen wir investieren?

Mit den Beschlüssen dieser Vorstandsklausur wird die Bandbreite der zukünftigen Aufgaben deutlich: Mit dem „Pakt für den Rechtsstaat“ fordern wir weitere Maßnahmen für einen starken Staat wie etwa eine Verschärfung des Strafrahmens für den Besitz von Kinderpornografie sowie effektivere Strafprozesse. In unseren Forderungen zur Bildung in Deutschland bekräftigen wir die Notwendigkeit, dass die Digitalisierung in Deutschlands Schulen ankommt – im Unterricht, aber auch in der Ausstattung. Angesichts der Größe der Herausforderung muss der Bund den Bundesländern hierbei unter die Arme greifen. Gleichzeitig fordern wir, das Schulstarterpaket für Kinder aus sozial schwachen Familien von 100 auf 120 Euro aufzustocken.

Wir bekräftigen zudem, dass wir für den Ausbau und die Instandsetzung unserer Infrastruktur stehen. Damit die Rekordmittel, die im Haushalt dafür bereitstehen, auch in vollem Umfang eingesetzt werden können, legen wir Maßnahmen zur Beschleunigung der Planung vor. Zudem sprechen wir uns für eine ausreichende staatliche Finanzierung des Breitbandausbaus aus.

Wir wollen zudem auch das Ehrenamt stärken, indem wir bürokratische Hemmnisse ab-bauen und uns für die Schaffung einer bundesweiten Ehrenamtshotline ein-setzen, die den ehrenamtlich Tätigen mit Rat zur Seite steht.

Wie keine andere politische Kraft stehen wir für die Aufarbeitung des SED-Unrechts in der DDR. Wir wollen ein weiteres dunkles Kapitel der SED-Herrschaft, die Zwangsadoption von Kindern von der SED unliebsamen Eltern, restlos aufklären und das schreckliche Leid der Betroffenen lindern.

Mit 29 Milliarden Euro werden auch für Verkehr und digitale Infrastruktur im kommenden Jahr knapp 1,2 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen. Damit können 2,4 Milliarden Euro in die digitale Infrastruktur investiert werden. Das kommt vor allem dem „Digitalfonds“ zugute.

Auch werden mit dem neuen Haushaltsgesetz 2019 die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag weiter vorangebracht und umgesetzt. Dazu gehört u.a. mehr Geld für ländliche Räume und Landwirtschaft oder die gezielte Förderung von Familien mit der Einführung des Baukindergeldes – immerhin 330 Million Euro jedes Jahr. Es sollen zudem mehr Mittel für die schrittweise Erreichung des 3,5-Prozent-Ziels für Forschung und Entwicklung eingesetzt werden. Hier werden mehr als 17 Milliarden Euro investiert.

Unser Fokus liegt auf der Inneren Sicherheit. Wir wollen die zügige Besetzung von 7.500 zusätzlichen Stellen bei deutschen Sicherheitsbehörden. Die mehr als 3.000 geschaffenen Stellen bei der Bundespolizei und über 500 Stellen beim Bundeskriminalamt werden dringend benötigt, auch für die Zollverwaltung gibt es 1.400 zusätzliche Stellen. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird mit über 1.600 zusätzlichen Stellen kräftig aufgestockt plus Entfristungen von etwa 4.500 Arbeitsverhältnissen.

Lebenserwartung erneut gestiegen.

Die Lebenserwartung in Deutschland ist erneut angestiegen. Sie beträgt nach der auf die aktuellen Sterblichkeitsverhältnisse bezogenen Sterbetafel 2014/2016 für neugeborene Jungen 78 Jahre und 4 Monate und für neugeborene Mädchen 83 Jahre und 2 Monate. Auch für ältere Menschen hat die Lebenserwartung weiter zugenommen. Nach der Sterbetafel 2014/2016 beläuft sich zum Beispiel die sogenannte fernere Lebenserwartung von 65-jährigen Männern mittlerweile auf 17 Jahre und 10 Monate. Auf der Ebene der einzelnen Bundesländer weist Baden-Württemberg bei beiden Geschlechtern die höchste Lebenserwartung Neugeborener auf: Für Jungen beträgt sie hier 79 Jahre und 6 Monate, für Mädchen 84 Jahre. Die niedrigsten Werte weisen mit 76 Jahren und 4 Monaten Jungen in Sachsen-Anhalt und mit 82 Jahren und 3 Monaten Mädchen im Saarland auf. (Statistisches Bundesamt)

Zitate

„Man soll sich ja bei der Begegnung mit dem Wolf groß machen – wie soll ich das meiner vierjährigen Tochter erklären?“ (Der Bürgermeister von Bad Wildbad, Klaus Mack, CDU, am Montagabend bei der Diskussion über das neue Wolfsgebiet im Nordschwarzwald; DPA)

„Meinungsfreiheit wird oft falsch verstanden. Natürlich soll jeder seine Meinung sagen dürfen, aber wenn man mit seiner Meinung das Klima vergiftet, dann mag ich das nicht.“ (Der Regisseur und Intendant des Münchner Volkstheaters Christian Stückl in der neuen Ausgabe des Volkstheatermagazins „Volksmund“; KNA)

